

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 53 | 30.12.2020

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre

Redaktionelle Leitung: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

Neue Auflage

Andreas Janko

Staats- und Verwaltungsorganisation

Das in 2. Auflage neu erschienene Studienbuch „Staats- und Verwaltungsorganisation“ von Univ.-Prof. Dr. Andreas Janko vermittelt in einer strukturierten und auf das Wesentliche konzentrierten Form ein grundlegendes Verständnis der Staats- und Verwaltungsorganisation. Es behandelt damit zentrale Themen sowohl aus dem Fach „Verfassungsrecht“ als auch aus dem Fach „Verwaltungsrecht“.

ISBN 978-3-902883-45-2, 2. Auflage, XI und 151 Seiten, Harteinband, 30 EUR // Nähere Infos finden Sie [hier](#).

I. BUNDESGESETZBLATT

[BGBl I 144/2020](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Sicherheitspolizeigesetz** geändert wird (Verlängerung der vorgesehenen Legisvakanz iZm den Beratungsstellen für Gewaltprävention, um deren flächendeckende Beauftragung gewährleisten zu können; Entfall der Kostentragung durch den Täter; Hintanhalten von möglichen „Verstärkungen“ von familieninternen „Spannungen“ und damit Verhinderung von zusätzlichen Gefahrenlagen bei ohnedies schon gegebener angespannter familiärer Budgetlage; Entfall der Kostentragung durch den Betroffenen befreit allfällige Bewerber um diese Tätigkeit davor, das Risiko übernehmen zu müssen, wenn der Gefährder nicht in der Lage ist, die Kosten tatsächlich zu tragen; Reduktion des administrative Aufwands bei den Beratungsstellen für Gewaltprävention)

[BGBl I 145/2020](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz**, das **Asylgesetz 2005** und das **BFA-Verfahrensgesetz** geändert werden (Erleichterungen für Personen des erweiterten Angehörigenkreises von Unionsbürgern, deren Einreise und Aufenthalt entsprechend den Vorgaben der RL nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts zu erleichtern ist; Erteilung einer „Niederlassungsbewilligung“ für diese Personengruppe bei Vorliegen der Voraussetzungen; Ausübung einer selbstständigen Erwerbstätigkeit im Bundesgebiet bereits von Beginn an; Möglichkeit eines quotenfreien Umstiegs nach rechtmäßiger Niederlassung von zwei Jahren auf einen Aufenthaltstitel „Rot-Weiß-Rot – Karte plus“)

[BGBl I 146/2020](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Staatsbürgerschaftsgesetz 1985**, das **Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz**, das **Fremdenpolizeigesetz 2005**, das **BFA-Verfahrensgesetz** und das **Asylgesetz 2005** geändert werden (Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19; Verlängerung der Möglichkeit zur Abgabe des schriftlichen Gelöbnisses eines Verleihungswerbers an die Behörde, bis zum Ablauf des 30. Juni 2021; Verlängerung der postalischen oder elektronischen Einbringung von Verlängerungs- und Zweckänderungsanträgen bei der Behörde im Falle der Einschränkung der Bewegungsfreiheit oder des zwischenmenschlichen Kontakts aufgrund von COVID-19-Maßnahmen)

[BGBl I 147/2020](#)

Bundesgesetz mit dem das **Bundesgesetz, mit dem zur Abdeckung des Bedarfes zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie Ermächtigungen zur Verfügung über Bundesvermögen erteilt werden**, geändert wird (Ermächtigung zur Verfügung betreffend COVID-19-Impfstoffe, Bedarfsmaterial bei Verabreichung der Impfstoffe, COVID-19-Schnelltests und COVID-19-Medikamenten; Ermächtigung betreffend FFP2 Masken)

[BGBl I 148/2020](#)

Bundesgesetz, mit dem Maßnahmen zur Bekämpfung von Hass im Netz getroffen werden (**Hass-im-Netz-Bekämpfungsgesetz – HiNBG**) (Möglichkeiten der Verfolgung von Hass im Netz und Verbesserung der Opferunterstützung; Einsetzung einer ressortübergreifenden Task Force zur effizienten Bekämpfung von Hass im Netz und anderer digitaler Kriminalitätsformen; Erarbeitung eines entsprechenden Maßnahmenpakets gegen Hass im Netz, das sämtliche straf-, medien- und zivilrechtlichen Aspekte der Thematik behandelt)

[BGBl I 149/2020](#)

Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über die Errichtung eines Fonds zur Förderung der Beiträge der selbstständigen Künstler zur gesetzlichen Sozialversicherung (**Künstler-Sozialversicherungsfondsgesetz – K-SVFG**), das Bundesgesetz vom 9. Dezember 1981 über den Kunstförderungsbeitrag (**Kunstförderungsbeitragsgesetz 1981**), das Bundesgesetz über die Errichtung eines Fonds für eine Überbrückungsfinanzierung für selbständige Künstlerinnen und Künstler, das Bundesgesetz vom 25. Feber 1988 über die Förderung der Kunst aus Bundesmitteln (**Kunstförderungsgesetz**) und das Bundesgesetz zur Sicherung des Kunst-, Kultur- und Sportlebens vor weiteren Auswirkungen der COVID-19-Pandemie (**Kunst-, Kultur- und Sportsicherungsgesetz – KuKuSpoSiG**) geändert werden (Nachwirkungen bisheriger Beschränkungen durch die Covid-19-Pandemie auch noch im Jahr 2021; Ausgleich von Einnahmehausfällen für die Zielgruppe der Künstler; Verlängerung und Flexibilisierung von Instrumenten zur Überbrückungsfinanzierung für selbständige Künstler; Einrichtung eines Covid-19-Fonds im Künstler-Sozialversicherungsfonds zur Abfederung von durch Corona bedingten Einnahmehausfällen von Künstlern sowie Kulturvermittlern)

[BGBl I 150/2020](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Audiovisuelle Mediendienste-Gesetz**, das **KommAustria-Gesetz**, das **ORF-Gesetz** und das **Privatradiogesetz** geändert werden (Ausdehnung des Anwendungsbereichs der EU-RL, um auch soziale Netzwerke zu erfassen; soziale Netzwerke stehen mit der Verbreitung audiovisueller Inhalte zunehmend in Konkurrenz um Zuschaueranteile und Werbeumsätze zu „klassischen“ elektronischen Medien wie TV und TV On Demand; Video-Sharing-Plattform-Anbieter müssen geeignete Maßnahmen treffen, um die Nutzer vor Sendungen, nutzer-generierten Videos und audiovisueller kommerzieller Kommunikation zu schützen, die Minderjährige in ihrer körperlichen, geistigen oder sittlichen Entwicklung beeinträchtigen könnten, Aufstachelung zu gegen in Art 21 GRC genannten Gruppen gerichtete Gewalt oder Hass enthalten, terroristische, kinderpornografische und rassistische oder ausländerfeindliche Inhalte verbreiten)

[BGBl I 151/2020](#)

Bundesgesetz, mit dem ein **Kommunikationsplattformen-Gesetz** erlassen und das **KommAustria-Gesetz** geändert wird (Maßnahmen, um der zunehmenden Verbreitung von Hasspostings im Internet zu begegnen; Verhinderung von immer mehr um sich greifenden Fällen verbaler, psychischer und sexueller Angriffe bzw Beleidigungen im Netz; Strategie der Plattformverantwortlichkeit und des Opferschutzes)

[BGBl I 152/2020](#)

Bundesgesetz, mit dem ein Bundesgesetz zur Verhinderung von Doping im Sport (**Anti-Doping-Bundesgesetz 2021 – ADBG 2021**) erlassen und das Bundesgesetz betreffend die Förderung des Sports (**Bundes-Sportförderungsgesetz 2017 –**

BSFG 2017) geändert wird (Neustrukturierung der Dopingprävention und datenschutzrechtlicher Bestimmungen; Neuausrichtung der Unabhängigen Österreichischen Anti-Doping Rechtskommission [ÖADR] und der Unabhängigen Schiedskommission [USK]; Erweiterung des Nationalen Testpools.; Möglichkeit für Sportler zur Beschleunigung des Verfahrens innerhalb eines bestimmten Zeitrahmens einen vorgeworfenen Anti-Doping-Verstoß einzugestehen und somit eine Reduktion der Sperre zu bewirken; Implementierung einer Verjährungsbestimmung)

[BGBl I 153/2020](#)

Bundesgesetz, mit dem das Beamten-Dienstrechtsgesetz 1979, das Gehaltsgesetz 1956, das Vertragsbedienstetengesetz 1948, das Richter- und Staatsanwaltschaftsdienstgesetz, das Landeslehrer-Dienstrechtsgesetz, das Land- und forstwirtschaftliche Landeslehrer-Dienstrechtsgesetz, das Landesvertragslehrpersonengesetz 1966, das Land- und forstwirtschaftliche Landesvertragslehrpersonengesetz, das Land- und Forstarbeiter-Dienstrechtsgesetz, das Bundeslehrer-Lehrverpflichtungsgesetz, die Reisegebührenvorschrift 1955, das Bundes-Gleichbehandlungsgesetz, das Pensionsgesetz 1965, das Bundestheaterpensionsgesetz, das Bundesbahn-Pensionsgesetz, das Bundesbahngesetz, das Bundespensionsamtübertragungsgesetz, das Ausschreibungsgesetz 1989, das Bundes-Personalvertretungsgesetz, das Bundes-Bedienstetenschutzgesetz, das Überbrückungshilfengesetz, das Dienstrechtsverfahrensgesetz 1984, das Mutterschutzgesetz 1979, das Väter-Karenzgesetz, das Poststrukturgesetz, das Auslandszulagen- und -hilfeleistungsgesetz, das Militärberufsförderungsgesetz 2004, das UmsetzungsG-RL 2014/54/EU, das Bundes-Sportförderungsgesetz 2017, das Anti-Doping-Bundesgesetz 2007, die 41. Gehaltsgesetz-Novelle, das Rechtspraktikantengesetz, das Bundeshaushaltsgesetz 2013 und das Prüfungstaxengesetz geändert werden (**Dienstrechts-Novelle 2020**) (Angleichung der Endigungs- und Abberufungstatbestände bei Kommissionen; Aufhebung der Bezugskürzung während der vorläufigen Suspendierung; Neuregelung der Leistungen im Beschäftigungsverbot; Anpassung der Bestimmungen zur Vordienstzeitenanrechnung und des Auswahlverfahrens für Lehrpersonen an den Praxisschulen der Pädagogischen Hochschulen an jenes der Lehrpersonen an Bundes- und Pflichtschulen; Anpassung des Auswahlverfahrens bei den Besetzungen von leitenden Funktionen im Bereich der Praxisschulen; bedarfsgerechte Anpassung der Ernennungserfordernisse für Hochschullehrpersonal)

[BGBl I 154/2020](#)

Kundmachung des Bundeskanzlers über die **Aufhebung der Wortfolge „oder ihm dazu Hilfe leistet,“ in § 78 des Strafgesetzbuches** durch den Verfassungsgerichtshof

[BGBl I 155/2020](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Bundesbezügegesetz** geändert wird (Entfall der Anpassung von Politikerbezügen für das Kalenderjahr 2021 für die in § 3 Abs I in den Ziffern I bis 11 BundesbezügeG aufgezählten bundespolitischen Funktionen)

[BGBl I 156/2020](#)

Bundesgesetz, mit dem das **1. COVID-19-Justiz-Begleitgesetz**, das **Disziplinarstatut für Rechtsanwälte und Rechtsanwaltsanwärter**, das **Gesellschaftsrechtliche COVID-19-Gesetz** und die **Rechtsanwaltsordnung** geändert werden (Außerkräfttreten des 1. COVID-19-JustizbegleitG um sechs Monate; Möglichkeit der ausschließlichen Briefabstimmung auch für die Festsetzung bzw Änderung der Geschäftsordnung des Disziplinarrats; Verlängerung des Gesellschaftsrechtlichen COVID-19 Gesetz bis zum 30. Juni 2021; Anordnung des Ausschusses der Rechtsanwaltskammer eine Briefwahl bzw Briefabstimmung zur Erledigung der der Plenarversammlung zugewiesenen Aufgaben)

[BGBl I 157/2020](#)

Bundesgesetz, mit dem die **Notariatsordnung**, das **GmbH-Gesetz**, das **2. COVID-19-Justiz-Begleitgesetz** und das **EIRAG** geändert werden (Ermöglichung der „digitalen“ Erbringung bestimmter notarieller Dienstleistungen; Weitergeltung der vereinfachten elektronischen GmbH-Gründung; Verlängerung der gerichtlichen Einforderung von Zahlungsrückständen des Wohnungsmieters aus dem zweiten Quartal 2020 bis Ende März 2021; Schaffung klarer Verhältnisse, die im Einklang mit den Vorgaben des für Personen mit Staatsangehörigkeit zum Vereinigten Königreich)

[BGBl I 158/2020](#)

Bundesgesetz, mit dem das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz, das Gewerbliche Sozialversicherungsgesetz, das Bauern-Sozialversicherungsgesetz, das Allgemeine Pensionsgesetz, das Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz sowie das Selbständigen-Sozialversicherungsgesetz geändert werden (**2. Sozialversicherungs-Änderungsgesetz 2020 – 2. SVÄG 2020**) (Zitatberichtigungen über die Anerkennung von Berufsqualifikationen; Erstreckung der Regelung, nach der für

Pensionsbezieher, die aus Gründen der Pandemie-Bekämpfung ihre gesundheitsberufliche Erwerbstätigkeit neu aufnehmen, die vorzeitig bezogene Alterspension nicht wegfällt, auch auf Zeiträume im Jahr 2021)

[BGBI I 159/2020](#)

Kundmachung des Bundeskanzlers über die **Aufhebung des § 43a des Schulunterrichtsgesetzes** durch den Verfassungsgerichtshof

[BGBI II 603/2020](#)

Verordnung der Bundesministerin für Justiz, mit der die **Verordnung, mit der zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 besondere Vorkehrungen in Strafsachen getroffen werden**, geändert wird

[BGBI II 604/2020 \(Anlage 1; Anlage 2\)](#)

Verordnung des Bundesministers für Inneres zur Durchführung der Bestimmungen hinsichtlich Aufenthalt und Aufenthaltsbeendigung im Abkommen über den Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft (**Brexit-Durchführungsverordnung – Brexit-DV**)

[BGBI II 607/2020](#)

Verordnung der Bundesministerin für Justiz, mit der die Verordnung über die Zuständigkeit der Anstalten zum Vollzug von Freiheitsstrafen und der mit Freiheitsentziehung verbundenen vorbeugenden Maßnahmen an Erwachsenen und an Jugendlichen (**Sprengeilverordnung für den Strafvollzug**) und die **Verordnung über die Einrichtung von Außenstellen in Justizanstalten** geändert werden

[BGBI II 608/2020](#)

Verordnung des Bundesministers für Finanzen mit der die Verordnung gemäß § 3b Abs. 3 des ABBAG-Gesetzes betreffend Richtlinien über die Gewährung eines Lockdown-Umsatzersatzes für vom Lockdown direkt betroffene Unternehmen (**VO Lockdown-Umsatzersatz**) geändert wird

[BGBI II 610/2020](#)

Verordnung des Bundesministers für Finanzen, mit der die Verordnung des Bundesministers für Finanzen gemäß § 3b Abs. 3 des ABBAG-Gesetzes betreffend Richtlinien über die Gewährung eines begrenzten Fixkostenzuschusses bis EUR 800.000 durch die COVID-19 Finanzierungsagentur des Bundes GmbH (COFAG) (**VO über die Gewährung eines FKZ 800.000**) geändert wird

[BGBI II 611/2020](#)

Verordnung des Bundesministers für Finanzen über die Richtlinien für die Gewährung von Finanzmitteln aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds ab 2021 (**COVID-19-Krisenbewältigungsfonds-Auszahlungsverordnung – COVID-19-Fonds-V-2021**)

[BGBI II 614/2020](#)

Verordnung des Bundesministers für Finanzen, mit der die Verordnung über das Vorliegen einer vergleichbaren Zielsetzung bei Bildungsleistungen (**Umsatzsteuer-Bildungsleistungsverordnung, UStBLV**) geändert wird

[BGBI II 616/2020](#)

Verordnung der Bundesministerin für Justiz, mit der die Gesellschaftsrechtliche COVID-19-Verordnung (**COVID-19-GesV**) geändert wird

[BGBI II 617/2020](#)

Verordnung der Bundesministerin für Justiz, mit der die Verordnung über besondere Vorschriften für die Einbringung von Eingaben bei Gericht (**1. COVID-19 Ziviljustiz-VO**) geändert wird

[BGBl II 618/2020 \(Anlage\)](#)

Verordnung des Bundesministers für Finanzen, mit der die **Verordnung des Bundesministers für Finanzen gemäß § 3b Abs. 3 des ABBAG-Gesetzes betreffend Richtlinien über die Ergreifung von finanziellen Maßnahmen, die zur Erhaltung der Zahlungsfähigkeit und zur Überbrückung von Liquiditätsschwierigkeiten von Unternehmen im Zusammenhang mit der Ausbreitung des Erregers SARS-CoV-2 und den dadurch verursachten wirtschaftlichen Auswirkungen geboten sind**, geändert wird

[BGBl II 621/2020](#)

Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die **Verordnung über das Landeverbot für Luftfahrzeuge aus dem Vereinigten Königreich** geändert wird

[BGBl II 624/2020](#)

Verordnung, mit der die **Verordnung der Bundesministerin für Justiz über besondere Vorkehrungen im Anwendungsbereich des Strafvollzugsgesetzes zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19** geändert wird

[BGBl II 625/2020](#)

Verordnung der Bundesministerin für Justiz, mit der die **Verordnung, mit der zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 besondere Vorkehrungen in Strafsachen getroffen werden**, geändert wird

[BGBl II 626/2020](#)

Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die **Verordnung betreffend elektronische Labormeldungen in das Register anzeigepflichtiger Krankheiten** geändert wird

[BGBl III 226/2020](#)

Kundmachung der Bundesministerin für EU und Verfassung betreffend Änderungen der Anlagen A und B zum Stockholmer Übereinkommen über **persistente organische Schadstoffe**

II. AMTSBLATT DER EU

[ABl L 434 v 23.12.2020, 1](#)

Durchführungsbeschluss (EU) 2020/2189 des Rates vom 18. Dezember 2020 zur Ermächtigung der Niederlande, eine von den Artikeln 168 und 168a der Richtlinie 2006/112/EG über das gemeinsame **Mehrwertsteuersystem abweichende Sondermaßnahme** einzuführen

[ABl L 435 v 23.12.2020, 1](#)

Richtlinie (EU) 2020/2184 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2020 über die **Qualität von Wasser** für den menschlichen Gebrauch (Neufassung)

[ABl L 437 v 28.12.2020, 1](#)

Verordnung (EU) 2020/2220 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Dezember 2020 mit Übergangsbestimmungen für **Förderung aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds** für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) und dem Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) in den Jahren 2021 und 2022 und zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1305/2013, (EU) Nr. 1306/2013 und (EU) Nr. 1307/2013 in Bezug auf Mittel und Anwendbarkeit in den Jahren 2021 und 2022 und der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 hinsichtlich der Mittel und der Aufteilung dieser Förderung in den Jahren 2021 und 2022

[ABI L 437 v 28.12.2020, 30](#)

Verordnung (EU) 2020/2221 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Dezember 2020 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 in Bezug auf zusätzliche Mittel und Durchführungsbestimmungen zur Unterstützung der Krisenbewältigung im Zusammenhang mit der **COVID-19-Pandemie** und ihrer sozialen Folgen und der Vorbereitung einer grünen, digitalen und stabilen Erholung der Wirtschaft (REACT-EU)

[ABI L 437 v 28.12.2020, 43](#)

Verordnung (EU) 2020/2222 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Dezember 2020 über bestimmte Aspekte der **Sicherheit und Konnektivität im Eisenbahnverkehr** im Hinblick auf die grenzüberschreitende Infrastruktur zwischen der Union und dem Vereinigten Königreich durch die feste Ärmelkanal-Verbindung (Text von Bedeutung für den EWR)

[ABI L 437 v 28.12.2020, 49](#)

Verordnung (EU, Euratom) 2020/2223 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Dezember 2020 zur Änderung der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 883/2013 im Hinblick auf die **Zusammenarbeit** mit der **Europäischen Staatsanwaltschaft** und die Wirksamkeit der Untersuchungen des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung

[ABI L 437 v 28.12.2020, 74](#)

Verordnung (EU) 2020/2224 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Dezember 2020 über gemeinsame Regeln zur Gewährleistung der grundlegenden Konnektivität im **Güter- und Personenkraftverkehr** nach dem Ende des im Abkommen über den **Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland** aus der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft vorgesehenen Übergangszeitraums

[ABI L 437 v 28.12.2020, 86](#)

Verordnung (EU) 2020/2225 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Dezember 2020 über gemeinsame Vorschriften zur Gewährleistung der grundlegenden Konnektivität im **Luftverkehr** nach dem Ende des im Abkommen über den **Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland** aus der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft vorgesehenen Übergangszeitraums

[ABI L 437 v 28.12.2020, 97](#)

Verordnung (EU) 2020/2226 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Dezember 2020 über bestimmte Aspekte der **Flugsicherheit** im Hinblick auf das Ende des im Abkommen über den **Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland** aus der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft festgelegten Übergangszeitraums

[ABI L 437 v 28.12.2020, 102](#)

Verordnung (EU) 2020/2227 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Dezember 2020 zur Änderung der Verordnung (EU) 2017/2403 hinsichtlich der **Fanggenehmigungen** für Fischereifahrzeuge der Union in den Gewässern des Vereinigten Königreichs und der Fischereitätigkeiten von Fischereifahrzeugen des Vereinigten Königreichs in den Unionsgewässern

[ABI L 437 v 28.12.2020, 108](#)

Beschluss (EU) 2020/2228 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Dezember 2020 über ein **Europäisches Jahr der Schiene** (2021)

[ABI L 437 v 28.12.2020, 116](#)

Verordnung (EU) 2020/2229 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Dezember 2020 zur Änderung des Beschlusses Nr. 445/2014/EU zur Einrichtung einer Aktion der Europäischen Union für die „**Kulturhauptstädte Europas**“ im Zeitraum 2020 bis 2033

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

22.09.2020, [V 342/2020](#) (Anlassfall [E 317/2020](#))

Ktn JagdG; Aufhebung einer Bestimmung der **Abschussrichtlinien** der Ktn Jägerschaft betreffend einen über den Abschussplan hinausgehenden zusätzlichen Abschuss mangels gesetzlicher Grundlage

07.10.2020, [V 336/2020](#)

StVO; Aufhebung einer VO betreffend die Errichtung einer **Begegnungszone** in einer Oö Gemeinde mangels ordnungsgemäßer Kundmachung; signifikante Abweichung der Aufstellungsorte der entsprechenden Verkehrszeichen vom räumlichen Geltungsbereich der VO

10.12.2020, [V 436/2020](#)

COVID-19-SchulVO; Feststellung der Gesetzwidrigkeit von Bestimmungen, welche vorsahen, dass die **Schulklassen in zwei Gruppen geteilt** und abwechselnd im Präsenzunterricht in der Schule unterrichtet werden und darüber hinaus alle Personen im Schulgebäude, ausgenommen in der Unterrichtszeit, eine den **Mund- und Nasenbereich abdeckende mechanische Schutzvorrichtung** tragen müssen; nicht nachvollziehbar, weshalb der Verordnungsgeber die mit den angefochtenen – bereits außer Kraft getretenen – Bestimmungen getroffenen Maßnahmen für erforderlich gehalten hat.

10.12.2020, [E 2281/2020](#)

ORF-G; Aufhebung einer Entscheidung des BVwG, mit der dieses eine Verletzung des **Objektivitätsgebots** durch den ORF feststellte; die ggst beanstandete Meinungsäußerung in der „ZIB 2“ fand im Gesamtzusammenhang des Themas des Interviews und in dem das Thema mitbestimmenden vorangegangenen „Sommergespräch“ eine nachvollziehbare Grundlage, die verwendete Formulierung („plemplem“) wahrt die Grenzen der **Meinungsäußerungsfreiheit**; gibt ein Politiker durch sein Verhalten und seine Äußerungen dazu Anlass, muss es im Interesse jenes öffentlichen Diskurses, den das Recht auf freie Meinungsäußerung schützt, möglich sein, darauf hinzuweisen, „dass der Kaiser nackt ist“; kein Verstoß gegen das ORF-G aufgrund unterlassener Distanzierung der Moderatorin; kein gravierende Missachtung der unmittelbaren Persönlichkeits- und Privatsphäre des Politikers, die allenfalls eine Reaktion erfordert hätte; indem BVwG – wie die KommAustria – einen Verstoß des ORF gegen das Objektivitätsgebots gesehen hatte, hat es die Meinungsäußerungs- und Rundfunkfreiheit des ORF verletzt

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

Keine relevanten Entscheidungen im Berichtszeitraum.

C. VERWALTUNGSGERICHTE

LVwG Nö 22.12.2020, [LVwG-S-1769/001-2020](#)

BundesluftreinhalteG; **ABGB**; der Gesetzgeber verwendet den Begriff „geringfügig“, ausweislich expliziter Definitionen oder aus der Gesetzessystematik erschließbar regelmäßig nicht iSv „unbedeutend“ oder „belanglos“, sondern iSv „verhältnismäßig geringfügig“; ein solches Verständnis von „geringfügig“ bietet sich auch für eine Interpretation des § 2 Abs 2 S 2 BundesluftreinhalteG an; mit Blick auf § 1 leg cit sowie auf die Gesetzesmaterialien zu § 2 Abs 2 leg cit, wonach bei der Bewertung einer allfälligen Beeinträchtigung oder Belästigung durch üble Gerüche auch das ortsübliche Ausmaß der **Geruchsbelästigung** zu berücksichtigen ist, liegt als Maßstab jener des § 364 Abs 2 ABGB nahe, sodass eine Geruchsbelästigung dann nicht das geringfügige Ausmaß überschreitet, wenn sie nicht geeignet ist, eine wesentliche Beeinträchtigung hervorzurufen; unwesentliche Beeinträchtigungen iSd § 364 Abs 2 leg cit sind auch „geringfügig“ iSd § 2 Abs 2 S 2 BundesluftreinhalteG

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

Keine Urteile im Berichtszeitraum

B. SCHLUSSANTRÄGE

Keine Schlussanträge im Berichtszeitraum

C. GERICHT

Keine Urteile im Berichtszeitraum

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

Keine relevanten Entscheidungen im Berichtszeitraum.

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung), Hofrat Dr. Alfred Grof (LVwG Oberösterreich), Univ.-Ass. Mag. Katharina Arnreither, Univ.-Ass. Mag. Stephanie Blechinger, Univ.-Ass. Mag. Clara Buder, Univ.-Ass. Mag. Nicole Dannerbauer, Univ.-Ass. Mag. Julia Kreuzhuber, Univ.-Ass. Mag. Philipp Wolfgang Stengg LL.M., Wiss.-Mit. Mario Etzelstorfer.

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.